

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft
(10. Ausschuss)**

- 1. zu dem Antrag der Abgeordneten Gabriele Hiller-Ohm, Sören Bartol, Dr. Herta Däubler-Gmelin, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Cornelia Behm, Volker Beck (Köln), Ulrike Höfken, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 15/4516 –**

**Wälder naturnah bewirtschaften – Waldschäden vermindern –
Gemeinwohlfunktionen sichern und Holzabsatz steigern**

- 2. zu dem Entschließungsantrag der Abgeordneten Cajus Julius Caesar, Peter H. Carstensen (Nordstrand), Gerda Hasselfeldt, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 15/4502 –**

**zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
– Drucksache 15/4500 –**

**Waldzustandsbericht 2004
– Ergebnisse des forstlichen Umweltmonitorings –**

- 3. zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan, Hans-Michael Goldmann, Daniel Bahr (Münster), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 15/4431 –**

Bessere Rahmenbedingungen für die Charta für Holz

- 4. zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
– Drucksache 15/4500 –**

**Waldzustandsbericht 2004
– Ergebnisse des forstlichen Umweltmonitorings –**

A. Problem

Zu Nummer 1

Die Antragsteller stellen fest, dass der Waldzustandsbericht 2004 Besorgnis erregend sei und deutlich zeige, dass der Zustand der Wälder immer noch schlecht sei und sich trotz aller Maßnahmen bisher nicht verbessert habe, obwohl die Bundeswaldinventur II ergeben habe, dass die Waldfläche in Deutschland zugenommen habe. Insbesondere Fichten und Buchen seien schwer betroffen. Dies gehe trotz der Verbesserung der Luftqualität auf eine Kombination von Ursachen zurück, die auch im Bereich von Verkehr und Klimaveränderung lägen. Auch der warme Sommer 2003 habe einen Beitrag dazu geleistet.

Die Nutzung von Holz solle aufgrund seiner ökologischen und ökonomischen Vorteile weiter vorangetrieben werden. Dies dürfe aber nicht auf Kosten der Biodiversität und des naturnahen Umbaus der Wälder geschehen. Die hierzu bisher durchgeführten Maßnahmen werden begrüßt; die Bundesregierung wird jedoch zusätzlich dazu aufgefordert, durch Maßnahmen in verschiedenen Bereichen die bisherige Situation weiter zu verbessern.

Zu Nummer 2

Die Fraktion der CDU/CSU hat zum Waldzustandsbericht einen Entschließungsantrag eingebracht, in dem sie zu den Aussagen des Berichts kritisch Stellung bezieht und die Bundesregierung zu einem umfangreichen Maßnahmenpaket auffordert.

Zu Nummer 3

Die Antragsteller erklären, dass Holz ein Rohstoff mit hervorragenden Eigenschaften sei, dessen vielseitige Verwendungsmöglichkeiten in Deutschland nicht genügend Beachtung finde. Eine verstärkte Verwendung von Holz könne die wirtschaftliche Situation der entsprechenden wirtschaftenden Betriebe verbessern und Arbeitsplätze schaffen. Dennoch finde der Rohstoff Holz in Deutschland nicht genug Beachtung; zudem würden die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Unternehmen der Holzwirtschaft in Deutschland in einem Gutachten in verschiedener Hinsicht negativ bewertet.

Die Bundesregierung wird daher aufgefordert, durch verschiedene Maßnahmen die Rahmenbedingungen für die Nutzung von Holz zu verbessern.

Zu Nummer 4

Aufgrund der vielfältigen Funktionen der Waldflächen und der damit verbundenen Indikatoren besteht ein regelmäßiges Informationsbedürfnis des Deutschen Bundestages über den Zustand des Waldes. Die Bundesregierung informiert deshalb seit 1984 jährlich auf der Basis einheitlich durchgeführter Erhebungen der Länder über das Ausmaß und die Entwicklung der Waldschäden, bewertet die Situation in den Waldökosystemen unter den vielfältigen und komplexen Einflüssen der Umwelt und stellt die Maßnahmen zur Behebung der Waldschäden dar. Während sich die Luftqualität zwar erheblich verbessert hat, ist – gemessen an der Belastbarkeit der Ökosysteme – noch kein befriedigender Zustand erreicht worden. Die über Jahrzehnte durch Luftschadstoffe ausgelöste Bodenversauerung und Stickstoffsättigung sowie die Klimaveränderung werden noch lange auf die Waldökosysteme einwirken und sind schwerwiegende Belastungen für die Wälder. Auch auf europäischer Ebene zeigte die langjährige Entwicklung von 1988 bis 1995 eine Zunahme der deutlichen Schäden. Diese gingen von 1995 bis 1999 vorübergehend zurück und steigen seitdem wieder an.

B. Lösung

Zu Nummer 1

Annahme des Antrags auf Drucksache 15/4516 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

Zu Nummer 2

Ablehnung des Entschließungsantrags auf Drucksache 15/4502 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

Zu Nummer 3

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 15/4431 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

in Kenntnis der Unterrichtung auf Drucksache 15/4500

1. den Antrag auf Drucksache 15/4516 anzunehmen,
2. den Entschließungsantrag auf Drucksache 15/4502 abzulehnen und
3. den Antrag auf Drucksache 15/4431 abzulehnen.

Berlin, den 13. April 2005

Der Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft

Dr. Herta Däubler-Gmelin
Vorsitzende

Gabriele Hiller-Ohm
Berichterstatlerin

Cajus Julius Caesar
Berichterstatter

Cornelia Behm
Berichterstatlerin

Dr. Christel Happach-Kasan
Berichterstatlerin

Bericht der Abgeordneten Gabriele Hiller-Ohm, Cajus Julius Caesar, Cornelia Behm und Dr. Christel Happach-Kasan

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 148. Sitzung am 16. Dezember 2004 den Waldzustandsbericht auf Drucksache 15/4500 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft und zur Mitberatung an den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und den Ausschuss für Tourismus überwiesen.

Der Entschließungsantrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 15/4502 wurde in derselben Sitzung zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft und zur Mitberatung an den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und den Ausschuss für Tourismus überwiesen.

Ebenso wurden die Anträge der Koalitionsfraktionen auf Drucksache 15/4516 und der Fraktion der FDP auf Drucksache 15/4431 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit sowie den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Nummer 1

Der Waldzustandsbericht zeige in eindrucksvoller Weise, wie schlecht es um den deutschen Wald bestellt sei. So sei der Anteil deutlicher Kronenverlichtungen bei allen Baumarten im Jahre 2004 um 8 Prozent auf 31 Prozent angestiegen. Dies sei das höchste Schadensniveau und der höchste Anstieg seit 1984, woran insbesondere auch der warme Sommer 2003 schuld sei. Der Wald brauche mehrere Jahre, um wieder zu seinem Zustand vor 2003 zurückzukehren. Aber auch eine Kombination aus Ursachen aus Verkehr, Bodenübersäuerung und Klimawandel trügen zum schlechten Zustand des Waldes bei. Daher sei die Bodenschutzkalbung eine wichtige Maßnahme zur Erhaltung der Wälder. Jedoch dürfe nicht nur an den Symptomen gearbeitet werden, sondern auch auf eine Verminderung der Emissionen hingearbeitet werden. Wegen des Klimawandels, der die Bäume durch Wetterextreme belastet, müsse auch der Umbau von standortfremden Reinkulturen zu naturnahen, standortangepassten Mischwäldern im Hinblick auf die Gemeinwohlfunktion der Wälder vorangetrieben werden. Diese Umstellung bleibe jedoch eine Aufgabe mehrerer Generationen.

Die Bundeswaldinventur II zeige jedoch positive Effekte. So hätten die Waldnutzung und die Waldfläche insgesamt zugenommen. Eine erhöhte Holznutzung sei ökologisch und ökonomisch wertvoll und trage auch dazu bei, unabhängiger von fossilen Brennstoffen zu werden. Auf diesem Gebiet seien schon gute Entwicklungen gemacht worden, jedoch bestehe

noch ein großes Innovationspotential, um neue Märkte zu erschließen. Der touristische Wert der Wälder dürfe zudem nicht vernachlässigt werden.

Die Bundesregierung wird u. a. aufgefordert, im Bereich des Klimaschutzes weiter eine Politik zu betreiben, die auf Vermeidung der Verbrennung fossiler Brennstoffe und auf die Nutzung erneuerbarer Energien hinwirke.

Im Bereich der Emissionsminderung sollen weitere Anstrengungen zur Minimierung und Vermeidung von Schadstoffemissionen unternommen, eine Novellierung der Düngemittelverordnung vorgesehen und die Umstellung der im Wald verwendeten Maschinen auf biogene Treib- und Schmierstoffe forciert werden.

Hinsichtlich des Waldumbaus wird die Bundesregierung u. a. aufgefordert, im Rahmen der Kompetenzen das Bundeswaldgesetz und weitere Vorschriften hinsichtlich einer Verbesserung der Rahmenbedingungen für den wirtschaftlichen Forstbetrieb und eine naturnahe und nachhaltige Bewirtschaftung zu novellieren und mit den Ländern im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK) Anreize für den Waldumbau zu schaffen. Ebenso sei ein Engagement auf europäischer Ebene wünschenswert und eine Holzbeschaffungsrichtlinie vorzulegen.

Beim Holzabsatz solle die Bundesregierung die Umsetzung der Charta für Holz weiter vorantreiben, die Nutzung des Energieträgers Holz forcieren, Subventionen für fossile Brennstoffe abbauen und Innovationen auf dem Gebiet der holzbasierten Werkstoffe vorantreiben.

Zu Nummer 2

Der Wald sei kränker als je zuvor, obwohl die seit 1983 von der damaligen Bundesregierung initiierten Maßnahmen erste Erfolge gezeigt hätten. Allerdings sei die jetzige Regierung trotz vieler Ankündigungen nicht in der Lage, den Herausforderungen gerecht zu werden und messe der nötigen nachhaltigen Bewirtschaftung nicht die nötige Aufmerksamkeit zu. Vielmehr verschlechtere sie sogar die Rahmenbedingungen für die nachhaltige Bewirtschaftung und Lage der Waldbesitzer durch Abgaben.

Der Bericht zeige einen besonders starken Krankheitszustand bei den Laubbäumen. Dies liege größtenteils an übersäuerten Böden. So stünden ca. 2/3 der ca. 11 Mio. ha Wald auf übersäuerten Böden, die dringend gekalkt werden müssten. Infolge der Übersäuerung komme ein Kreislauf in Gang, der sich auf weitere Bereiche der Natur z. B. durch Absterben von Bäumen, Aussterben von Tierarten und Verschlechterung der gesamten Bodenqualität niederschläge.

Die Bundesregierung wird daher u. a. aufgefordert, in verschiedenen Bereichen mehr Geld zur Verfügung zu stellen und Kürzungen rückgängig zu machen, die Charta für Holz mit Leben zu erfüllen, mit dem Abbau von Vorschriften für bessere Rahmenbedingungen zu sorgen, den Klima- und Naturschutz voranzutreiben, der Bedeutung des Waldes in

jeglicher Hinsicht mehr Rechnung zu tragen und der freiwilligen Zertifizierung des heimischen Holzes nach PEFC (Programme for the Endorsement of Forest Certification Schemes) eine Chance zu geben.

Zu Nummer 3

In den vergangenen 15 Jahren schwankte der Flächenanteil mit deutlich geschädigten Bäumen um 30 Prozent und der Anteil ungeschädigter Bäume betrug 25 Prozent. Nach der letzten Waldschadensinventur betrage der Anteil der am meisten geschädigten Bäume 31 Prozent im Gegensatz zu 23 Prozent im Vorjahr. Dabei sei die Schädigung bei verschiedenen Baumarten unterschiedlich. Sie beruhe auf dem jahrzehntelangen Schadstoffeintrag von Schwefeldioxid, Stickoxiden und Ammoniak. Daher sei jede Minderung des Schadstoffeintrags begrüßenswert. Diese könne die Fehler der vergangenen Jahre aber nicht ungeschehen machen. Auch der Klimawandel trage durch erhöhte Ozonwerte und zu trockene Sommer zur Schädigung der Bäume bei. Bodenschutzkalkungen seien nötig, um eine Übersäuerung der Böden zu verhindern, jedoch sei die Größe der gekalkten Fläche in den letzten Jahren zurückgeführt worden. Dies liege auch an der Genehmigungspraxis des Forest Stewardship Council (FSC), der von der Bundesregierung finanziell gefördert werde, die eine Kalkung der Wälder, die nach PEFC erlaubt sei, verhindere.

Der Kronenzustand der Bäume stelle vielfältige Umwelteinflüsse dar und sei nicht spezifisch für Ursachen jährlicher Veränderungen des Waldzustandes.

Wie die Bundeswaldinventur II zeige, würden vom jährlichen Holzzuwachs nur 50 Prozent genutzt, so dass ein großer Holzvorrat im Wald vorhanden sei. Dieser müsse verstärkt genutzt werden, denn in der Charta für Holz habe die Bundesregierung mit der Wirtschaft die verstärkte Nutzung von Holz aus nachhaltiger Bewirtschaftung vereinbart und festgestellt, dass dadurch Vorteile auf allen Gebieten erzielt werden könnten. Hierzu müssten die Rahmenbedingungen, die im europaweiten Vergleich in Deutschland in allen Bereichen eher negativ zu bewerten seien, für die Holznutzung durch die Senkung der Bereitstellungskosten verbessert werden. Zudem müsse das zulässige Gesamtgewicht für Holztransporter erhöht werden, weil es in Deutschland deutlich unter dem anderer Mitgliedsländer liege. Wegen der modernen Sägewerkstechnik bestehe nur eine geringe Nachfrage nach Starkholz. Hier müsse eine intensivere Forschung stattfinden. Dies schaffe auch Arbeitsplätze.

Die Bundesregierung wird u. a. aufgefordert, sich beim FSC für Bodenschutzkalkungen und für eine EU-weite Regelung bzgl. des Fahrzeuggesamtgewichts einzusetzen, Holzbetrieben für den Transport Genehmigungen für höhere zulässige Gesamtgewichte zu erteilen, durch Öffentlichkeitsarbeit und eigene Ausschreibungen darauf hinzuwirken, dass bei Neubauten mehr Holz eingesetzt werde. Darüber hinaus soll der jährliche Waldzustandsbericht durch einen jährlichen Bericht über den Waldbodenzustand ersetzt werden. Die Waldkronen sollen nur noch alle fünf Jahre begutachtet werden.

Zu Nummer 4

Fast ein Drittel der Gesamtfläche Deutschlands ist bewaldet. Dieser Bestand, der ein Schutzfaktor für Boden, Wasser, Luft und Klima bedeutet, den Menschen vielfältige Möglichkeiten

für Entspannung und Erholung bietet sowie den umweltfreundlichen und nachwachsenden Rohstoff Holz liefert, soll als komplexes System überwacht werden und erhalten bleiben.

Die nachhaltige Waldbewirtschaftung sichert Einkommen und Arbeitsplätze in Forst- und Holzwirtschaft und trägt zu einer vielseitigen Struktur ländlicher Räume bei. Damit dieses „Grüne Drittel“ seine vielfältigen Funktionen erfüllen kann, werden verlässliche Informationen über die ökologische Situation und die Entwicklung der Ökosysteme benötigt. Seit 1984 führen die Länder in der Bundesrepublik Deutschland die Waldschadenerhebung nach einem einheitlichen, mit dem Bund abgestimmten und von Wissenschaftlern entwickelten Verfahren durch, um Zustand und Ausmaß der Schäden festzustellen, wobei das Monitoring ständig weiterentwickelt wurde. Das Ergebnis der Erhebung (16 × 16 km-Netz) gibt einen Überblick über das Ausmaß der Waldschäden und wird durch den Waldzustandsbericht der Bundesregierung dokumentiert. Diese jährliche Waldschadenerhebung liefert in Verbindung mit anderen Übersichtserhebungen wie der Bodenzustandserhebung im Wald, dem intensiven Monitoring auf Dauerbeobachtungsflächen und der Waldökosystemforschung die notwendigen Daten für eine Überwachung der aktuellen Situation der Wälder und der „neuartigen Waldschäden“ und dient damit zugleich als wichtige Grundlage für die Forst- und Umweltpolitik. Das forstliche Umweltmonitoring ist somit ein Instrument, um den Waldzustand zu beobachten, Veränderungen festzustellen und die Ursachen dieser Veränderungen besser zu verstehen.

Die Maßnahmen zum Schutz der Wälder erfordern ebenso Ländergrenzen übergreifende Orientierungen und Absprachen bis hin zur Harmonisierung von Meßmethoden. Das deutsche Programm ist daher in das europaweite Waldschadensmonitoringprogramm der EU und das internationale Kooperationsprogramm zur Überwachung und Erfassung der Auswirkungen von Luftverschmutzung auf Wälder der Europäischen Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen (ICP FORESTS der UN/ECE) eingebunden.

In der zusammenfassenden Betrachtung aller Baumarten im Jahre 2004 hat sich der Kronenzustand der Waldbäume im Bundesdurchschnitt mit regionalen Unterschieden, jedoch von Baumart zu Baumart unterschiedlich, erheblich verschlechtert. Die Buche war hier mit einem Anstieg der Schadstufen 2 bis 4 hinsichtlich der Kronenverlichtung um 25 Prozent auf 55 Prozent am stärksten, die Kiefer mit einer Zunahme von 4 Prozent auf 17 Prozent am wenigsten betroffen. Insgesamt ging der Anteil der Bäume ohne Kronenverlichtungen um 3 Prozent auf 28 Prozent zurück. 31 Prozent der Waldfläche zeigte eine deutliche Kronenverlichtung (Schadstufen 2 bis 4). Dies ist ein Anstieg um 8 Prozent. Zurückzuführen ist dies auf eine Kombination verschiedener Ursachen, u. a. die ungewöhnlich hohen Temperaturen im Jahre 2003 und die damit verbundene Trockenheit und hohen Ozonwerte.

Die Prognose der weiteren Entwicklung ist nur sehr ungenau möglich, deutet aber nach Expertenansicht auf eine Erholung der Waldbäume hin, sofern die Rahmenbedingungen stimmen. Jedoch kann es mehrere Jahre dauern, bis sich die Bäume von den Nährstoffverlusten, u. a. durch den vorzeitigen Abwurf der Belaubung und den starken Schädlingsbefall, erholt haben.

Doch auch in Zukunft drohen weitere Gefahren für die Wälder. Zu nennen ist hierbei u. a. der Klimawandel, der die Bäume unter einen erhöhten Anpassungsdruck stellt. Daher müssen die Gefahrenpotentiale für die Waldökosysteme hinsichtlich der Schadstoffbelastung, der z. T. schlechten Bodenqualität, der zurückgehenden Vielfalt und des Risikomanagements der Forstbetriebe so weit wie möglich eliminiert werden. Hierzu schlägt der Waldzustandsbericht 2004 in den Bereichen der Luftreinhaltung, des Klimaschutzes, der erneuerbaren Energien, der nachwachsenden Rohstoffe sowie der Agrar- und Waldpolitik eine Reihe von Maßnahmen vor.

III. Voten der mitberatenden Ausschüsse

Zu Nummer 1

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit** und der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** haben beide die Annahme des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP empfohlen.

Zu Nummer 2

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen** und der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** haben beide die Ablehnung des Entschließungsantrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP empfohlen.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat die Ablehnung des Entschließungsantrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Abwesenheit der Fraktion der FDP empfohlen.

Zu Nummer 3

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit** hat in seiner 88. Sitzung am 13. April 2005 die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP empfohlen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat in seiner 59. Sitzung am 16. Februar 2005 den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU abgelehnt.

Zu Nummer 4

Die **mitberatenden Ausschüsse** haben den Waldzustandsbericht jeweils zur Kenntnis genommen.

IV. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft** hat die Vorlagen in einer öffentlichen Sitzung am 13. April 2004 abschließend behandelt.

Die Fraktionen **SPD** und **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** zeigten sich besorgt über den schlechten Zustand der Wälder. Als Ursache machten sie Luftschadstoffe, saure Böden, den extremen Sommer 2003 und den Schädlingsbefall aus.

Erfreut wurde auf die Gemeinsamkeiten mit der Opposition hinsichtlich der Einschätzung der Lage der Wälder, der Charta für Holz und auf den Willen hingewiesen, den illegalen Import von Urwaldholz zu verhindern. Weiterhin sei es erforderlich, die Schadstoffemissionen zu vermindern und die Wälder durch naturnahe Bewirtschaftung zu widerstandsfähigen Mischwäldern umzubauen. Da der Zuwachs im Wald trotz aller Schäden größer sei als die Nutzung, müsse der Holzabsatz gestärkt werden. Dafür sei die Charta für Holz ein guter Ansatz, mit der der Absatz von Holz innerhalb der nächsten zehn Jahre um 20 Prozent gesteigert werden könne.

Die **Fraktion der CDU/CSU** beklagte ebenfalls den Zustand des Waldes, der so krank sei wie nie zuvor und warf der Bundesregierung vor, den Herausforderungen nicht gerecht zu werden.

Betont wurde, dass ein wichtiger Grund für die Schäden in der Bodenübersäuerung zu sehen sei. Um dem entgegenzuwirken, müsse man verstärkt Bodenschutzkalkungen einsetzen. Daneben werden von der Bundesregierung Maßnahmen zur Reduzierung der Schadstoffbelastung erwartet. Gefordert wurde auch die Bereitstellung von Mitteln aus dem Fonds der Gemeinschaftsaufgabe „Agrarstruktur und Küstenschutz“ für die Forstbetriebe. Der Absatz von Holz solle gefördert werden.

Die **Fraktion der FDP** setzte sich dafür ein, den Waldzustandsbericht durch einen jährlichen Bericht über den Zustand der Waldböden zu ersetzen. Der Zustand der Waldkronen solle alle fünf Jahre bewertet werden. Kritisiert wurde, dass durch die Baumkronenbetrachtungen nur die Symptome festgestellt und nicht die Ursachen bekämpft würden. Ursache der Schädigungen seien die Schadstoffeinträge. Die Kalkung der Waldböden müsse in größerem Umfang durchgeführt werden, als die Bundesregierung dies vorsehe. Durch die Senkung der hohen Bereitstellungskosten für Holz solle der Holzabsatz erhöht werden.

Im Übrigen wurde auf die ausführliche Aussprache im Plenum anlässlich der Überweisung der Vorlagen in der 148. Sitzung am 16. Dezember 2004 verwiesen.

Der **Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft** hat den Waldzustandsbericht der Bundesregierung 2004 auf **Drucksache 15/4500** zur Kenntnis genommen.

Der Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf **Drucksache 15/4516** wurde mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP angenommen.

Der Antrag der Fraktion der FDP auf **Drucksache 15/4431** wurde mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU abgelehnt.

Der Entschließungsantrag der Fraktion der CDU/CSU auf **Drucksache 15/4502** wurde mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP abgelehnt.

Berlin, den 13. April 2005

Gabriele Hiller-Ohm
Berichterstatterin

Cajus Julius Caesar
Berichterstatter

Cornelia Behm
Berichterstatterin

Dr. Christel Happach-Kasan
Berichterstatterin